

# Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ für Magdeburg und Umgegend.

Redaktion und Expedition: Magdeburg, Schmiedehoffstraße 5 u. 6. Motto: Die Wissenschaft und die Arbeiter  
Ferdinand Lassalle.

No. 25.

Magdeburg, Mittwoch, den 30. Januar 1895.

6. Jahrgang.

## Zur Reichstagsauflösung.

### Presstimmen:

**Bremer Bürgerzeitung (Soz.-Dem.):** Eine Auflösung des Reichstags gehört zu den Ereignissen, die unbedingt in Rechnung gezogen werden müssen. Die Regierung, die Junker, die Großindustriellen — sie haben uns so viel Agitationsmaterial in die Hand gegeben, daß wir schon dadurch allein vortrefflich gerüstet sind. Die Würfel müssen bis Ende März fallen! —

**Volkzeitung (Demokratisch):** Eins bleibt unter allen Umständen zu beachten: je unklarer die Verhältnisse heute liegen, desto mehr muß man auf **Ueberraschungen** gefaßt sein. Der beste Wähler, der beste Bürger ist der, der am wachsamsten ist. Bereit sein, ist Alles. Für Deutschland handelt es sich bei der Annahme oder Ablehnung der „Umsturzvorlage“ um die Verkümmernng bzw. den Schutz des ohnehin stark eingeschränkten Rechts der Meinungsäußerung. Darin ist beschlossen die Möglichkeit, durch eine Kritik bestehender Uebel die Besserung der Zustände anzuregen und anzubahnen. Ohne Kritik kein Fortschritt, sondern Stillstand, Rückschritt, Tod. Möge das deutsche Volk in seiner Mehrheit, wenn es zur Entscheidung über seine wichtigsten geistigen und materiellen Interessen aufgerufen wird, wissen, was es sich und kommenden Generationen schuldig ist, gleichgültig, ob es die notwendige Entscheidung heute oder morgen fällen muß! —

## Ein elendes Machwerk zur Parteiverkehrung.

Die bislang für anständig gehaltene Magdeburgische Zeitung hat dem Herrn Hans Blum zu Liebe dessen „Enthüllungen über die Beziehungen des Generals Boulanger zur deutschen Sozialdemokratie“ nachgedruckt — 800 Zeilen (rund gerechnet) sind dem erstaunten Leser vor Augen geführt und nach menschlichem Ermessen 800 x 10 Pfg. = 80 Mark in die Tasche des „Studenten der unveräußerlichen Menschenrechte“ (wie sich Hans Blum, — der Sohn unseres unvergeßlichen Robert Blum, benamsete) geflossen. Welch ein reicher Segen! — Hans Blum hat die gesamte „vaterländische Presse“ um Abdruck seiner Enthüllungen ersucht. Doch soweit wir die „vaterländische Presse“ zu Gesicht bekommen, hat mit wenigen Ausnahmen (höchstens zwei oder drei Organe) die gesamte „vaterländische Presse“ die Blum'schen Enthüllungen ignoriert oder nur auszugsweise wiedergegeben. An anderer Stelle hatten wir bereits angedeutet, daß sogar die „vaterländische Presse“ vor dem Abdruck dieser Artikel gewarnt wurde, da ihr Inhalt nur geeignet erscheint, die Macht der Sozialdemokratie zu stärken.

Von den vielen uns zur Verfügung stehenden Urteilen greifen wir nur ein Urteil heraus. Der Berliner Börsen-Kourier (ein wahrhaft „vaterländisches Organ“, das wird selbst Hans Blum nicht bestreiten wollen) schreibt:

Dem Ersuchen um Abdruck würden wir trotz des recht beträchtlichen Umfangs der Auslassungen des Herrn Hans Blum nachkommen, wenn es sich dabei wirklich um Enthüllungen der bezeichneten Art handelte. Da aber aus dem sehr ausführlichen Paralegungen des Herrn Hans Blum keine andere Enthüllung hervorgeht, als die, daß er selbst des gesunden Urteils ermangelnd, so dürfen wir uns wohl mit einem Auszuge begnügen. Selbstverständlich würden wir es nicht für nötig ansehen, unsere Leser damit zu unterhalten, daß Herr Hans Blum nicht zu urteilen versteht, daß er, in blinden Vorurteilen befangen, mit Verleumdungen um sich wirft, die er als solche nicht erkennt. Die Krankheit der Panischalverleumdung ist in unseren Tagen viel zu sehr verbreitet, als daß wir von einem Einzelfalle besondere Notiz nehmen sollten, in welchem noch dazu dem Patienten die Ungläubigkeit nicht beweiskräftig abgesprochen werden kann. Was uns veranlaßt, den Krankheitsfall des Herrn Hans Blum näher zu beleuchten, das ist der Umstand, daß gerade in Bezug auf die Sozialdemokratie viele an der gleichen Krankheit leiden, daß sie ihre Irrtümer Aufzählungen zu verbreiten suchen und daß sie damit auf die Geistesbildung einfluß gewinnen wollen. Im öffentlichen Interesse, im Interesse der öffentlichen Hygiene müssen wir auf den Fall Hans Blum, der typisch ist, näher eingehen.

Und nun schildert der Berliner Börsen-Kourier den „Fall Hans Blum“. Herr Hans Blum hat im Jahre 1891 eine ausführliche Schrift mit dem anmutigen Titel „Die Äugen unserer Sozialdemokratie“ erscheinen lassen, in der er die Behauptung aufstellt, daß General Boulanger mit deutschen Sozialdemokraten Beziehungen angeknüpft habe zu dem Zweck, damit sie, wenn Frankreich den Krieg an Deutschland erklärt hätte, im Hintergrunde der deutschen Drexler die Revolution entseßelten und so die Wehrkraft unserer gegen Frankreich kämpfenden Brüder schwächen

und sie zwischen zwei Feuer brächten. Hinzugefügt war, daß diese Thatfache durch den im Sommer 1889 gegen Boulanger vor dem französischen Staatsgerichtshof durchgeführten Prozeß erwiesen worden sei.

Jene Stelle wurde von der sozialdemokratischen Presse zum Anlaß von Antworten genommen, in denen Herr Hans Blum gräßliche Schmähungen sah. Es wurde ihm u. a. — und das soll in der Form noch das Gelindeste gewesen sein — nachgesagt, er habe die ganze Geschichte erfunden und erlogen. Herr Hans Blum, der den Sozialdemokraten und ihrem Führern Vaterlandsverrat vorwirft, ist gegen Vorwürfe, die man ihm macht, sehr empfindlich und stellte Klage an. Er erzielte auch die Verurteilung eines sozialdemokratischen Redakteurs zu hundert Mark Geldbuße. Das Gericht hatte angenommen, daß Herr Hans Blum zwar die Behauptungen gutgläubig aufgestellt hätte, sie aber nicht erwiesen seien, und der Angeklagte die Beschuldigung, daß jene Behauptungen erfunden seien, jedenfalls gutgläubig aufgestellt habe. Gegen dieses Urteil hat Herr Hans Blum Berufung eingelegt, um das „amtliche“ Beweismaterial zur Begründung seiner Behauptung dem Landgericht Berlin vorzulegen. In Rücksicht aber auf die Umsturzvorlage, die gegenwärtig den Reichstag beschäftigt, und zur Unterstützung dieser Vorlage hat Herr Hans Blum sich entschlossen,

die Beweise für die landesverräterische Verbindung deutscher Sozialdemokraten mit dem Revanche-General Boulanger schon jetzt der gesamten deutschen Nation vorzulegen.

Diese Beweise wollen wir uns nun näher ansehen.

Herr Hans Blum beginnt mit dem Hinweis auf einen Artikel, den die damals noch offiziöse Norddeutsche Allgemeine Zeitung am 17. Februar 1890, d. i. drei Tage vor den Reichstagswahlen, veröffentlicht hat. In diesem Artikel hieß es:

General Boulanger war, wie seine eigenen, im Sommer 1889 veröffentlichten Enthüllungen beweisen, bis ins Detail auf den Krieg vorbereitet und hatte durch die Zeitung Avenir national mit deutschen Sozialdemokraten Verbindungen angeknüpft, um sie als Agenten zu verwenden.

General Boulanger war vom Jahre 1886 bis Ende 1887 Kriegsminister und wurde am 27. März 1888 durch Urteil des Disziplinargerichtshofs aus dem Militärdienst entlassen. Im März 1889 wurde er wegen hochverräterischer Untriebe vor dem durch ein besonderes Gesetz zum Staatsgerichtshof eingesetzten Senat angeklagt. Am 8. April 1889 entzog er sich der Verhaftung durch die Flucht. Die Anklage des Generalstaatsanwalt Quésnay de Beaurepaire datiert vom 15. Juli 1889. Auf diese Anklage hat Boulanger in einer Rechtfertigungsschrift geantwortet und auf diese Rechtfertigungsschrift, die sie als „Enthüllungen“ bezeichnet, beruft sich die Norddeutsche Allgemeine Zeitung. In seiner Rechtfertigungsschrift rühmte der angeklagte General Boulanger sich selbst, daß er bis ins Detail auf den Krieg vorbereitet gewesen sei, genau so, wie im Jahre 1870 der Marschall Leboeuf versichert hatte, die Armee sei „erzberetit“ und „bis auf den letzten Hosenknopf“ gerüstet. In diesem Prozeß hat General Boulanger als Angeklagter diejenigen Thaten sich nachgerühmt, von denen er glaubte, daß sie dem populären Chauvinismus wohlgefallen würden: einmal, daß er den Krieg gewollt, sodann, daß er nach Deutschland hin Spionage getrieben und dort Landesverräter gewonnen habe. Dergleichen fiktelt die Franzosen, die vor Spionage in ewiger Furcht und schon dahin gekommen sind, nicht bloß jeden Fremden zu beargwöhnen.

Die „Enthüllungen“ des Generals Boulanger, die er als Angeklagter im Jahre 1889 gemacht hat, sind also **nur Bladoner** ohne jede **beweisende Kraft**. Herr Hans Blum aber sieht in dem Bladoner des Generals Boulanger nicht bloß einen authentischen Beweis, sondern er mißt den Charakter „authentischer Beweise“ sogar einem ungläubigen Bericht über jenen Prozeß bei, der in einem französischen politischen Jahrbuch im Jahre 1890 erschienen ist und dessen Wert Herr Hans Blum selbst dem des schuldheißigen europäischen Geschichtskalenders gleichstellt.

Aus der Anklageschrift und der Verteidigungsschrift entnimmt nun Herr Hans Blum, daß General Boulanger der Reservekasse des Kriegsministeriums, die aus den für die geheimen Ausgaben angewiesenen Geldern zurückgelegt war, 279,000 Franks entnommen hatte. Von diesen 279,000 Franks sind 140,000 Franks dem Cercle militaire in der Form eines Darlehens gegeben worden. Die Anklage beschuldigt den General Boulanger ferner, am Vorabend seines Abgangs aus dem Kriegsministerium sich einer bei Seite gelegten Summe von 30,000 Franks bemächtigt zu haben. Außerdem soll General Boulanger über 6000 Franks an einen mit besonderen Sendungen betrauten Agenten bezahlt und mit dem Avenir national in eine Handelspekulation eingelassen haben, die 30,000 Franks Verlust brachte. Für wirkliche geheime Ausgaben mili-

tärischer Natur habe General Boulanger strengste Sparsamkeit walten lassen. In seiner Antwort bestreitet General Boulanger Alles. Er will natürlich kein Geld unterschlagen, keines für seine persönliche Zwecke verwendet, sondern noch einige Tausend Franks zugelegt haben. Er legte Abschrift einer Quittung vor, die ihm am 31. Mai 1887 ein Agent M. de Mondion über 32,000 Franks ausgestellt für verschiedene Sendungen, die er für den Kriegsminister nach Deutschland und Belgien ausgeführt habe. Was die Spekulation mit dem Avenir national betrifft, so verhalte sich die Sache anders. Er habe ein Organ zu seiner Verfügung haben wollen, das ihm

unter dem Deckmantel auswärtiger Korrespondenzen eine mächtige Beihilfe gewähre, Agenten zu erhalten und mit ihnen zu verkehren. Ich wollte vor allem unter meiner Hand Leute zur Verfügung haben, die mit den Sozialdemokraten eines gewissen Landes Verbindungen unterhielten, so daß ich auf deren Dienste zählen konnte an dem Tage, der dem Ausbruch des Krieges vorausging. Aber erst an diesem Tage. Aus diesem Grunde wollte ich in diesem Blatte Leute haben, die an der sozialdemokratischen Bewegung Teil genommen hätten. Zu einem derartigen Zweck brauchte ich nicht bloß eine mir ergebene Zeitung, sondern eine Zeitung, welche in gewisser Hinsicht sogar das eigentliche Organ des Kriegsministeriums sein mußte, eine Zeitung, deren Mitarbeiter man handeln und schreiben lassen konnte, ohne daß sie auch nur eine Ahnung hätten von dem Ziele, dem man zustrebt. Ich werde nicht mehr sagen, aber die Inzucht ihres Vorgehens war nötig, um mich zu derartigen Enthüllungen zu zwingen.

Hierzu bemerkt der Berliner Börsen-Kourier (wohlgemerkt ein „vaterländisches“ Blatt): Das ist, wie man sieht, eine **grobe Invektive** (Beschimpfung) als Antwort auf eine **schwere** Beschuldigung. Ob Generalstaatsanwalt Quésnay de Beaurepaire Beweise für seine Beschuldigung gehabt hat, ist nicht bekannt; jedenfalls hat General Boulanger nicht den Versuch gemacht, für die Behauptung seiner groben Antwort auch nur die Spur eines Beweises beizubringen. Was er sagt, klingt in jedem Punkte unglauwbärdig und im höchsten Maße unwahrscheinlich. Man kann sich am Ende denken, daß ein Kriegsminister in Verkennung seiner Aufgabe und in Verkennung der Aufgabe eines Polizeiministers Beziehungen anknüpft mit unzufriedenen Elementen in einem fremden Lande, mit dem er einen Krieg als möglich voraussetzt, und daß er diese Beziehungen in irgend einer Form pflegt. Er mußte jedoch von allem Bestande verlassen sein, wollte er die Aufmerksamkeit und den Verdacht eben jener fremdländischen Regierung dadurch auf sich lenken, daß er die unzufriedenen Elemente zu Korrespondenten seines militärischen Blattes machte, und noch dazu in der Weise, daß die Redakteure dieses Blattes davon gar keine Ahnung hätten. Das sind, wie gesagt, **närrische Phantastereien**, wie sie in Frankreich von einem verzweifeltsten Manne der Öffentlichkeit gegenüber debütiert werden können, die aber gar nicht Anspruch darauf erheben, ernst genommen zu werden. Ausgenommen natürlich ist Herr Hans Blum, der sie völlig ernst nimmt. Herr Hans Blum geht sogar so weit, daß diese „Enthüllungen“ Boulangers vollständig erwiesen waren, daß der französische Revanchegegner deutsche Sozialdemokraten in seinen Sold genommen hatte, damit diese ihr Vaterland an Frankreich verrieten. Worin der Beweis steckt, schreibt mehrgenanntes Blatt, das sagt Herr Hans Blum nicht, **das kann er auch nicht sagen**, denn er weiß es nicht. Der Beweis besteht eben nur in seiner vom blödesten Vorurteil verblendeten **Einbildung**. Verlegenheitsausflüchte des Generals Boulanger, der der Unterschlagung amtlicher Gelder für überführt erachtet worden ist, als Beweise anzusehen, das hat vor Herrn Hans Blum noch **nemand** fertig gebracht.

Und die „Thatfachen“, welche uns deutsche Sozialdemokraten „moralisch geradezu vernichten“, sind von dem Gesellschafts- und Umsturzgesetz-Ketter Hans Blum, wie er proklamerisch meldet, „überraschend schnell“ beschafft worden. Das „überraschende“ kann darin bestehen, daß Herr Hans Blum bis vor kurzem von der Existenz des Politischen Jahrbuchs (Année Politique) von Daniel nichts gewußt hatte, das eine Uebersicht der Geschichte jedes Jahres giebt, und in Frankreich ungefähr so verbreitet ist, wie das Brockhaus'sche oder Meyersche Konversations-Lexikon in Deutschland.

Die „vernichtenden Thatfachen“ stecken in der Anklageschrift des General-Prokurators Quésnay de Beaurepaire gegen Boulanger, d. d. 15. Juli 1889; in der Verteidigungsschrift Boulangers (der in Zeitungen vom 6. August 1889 veröffentlichten „Antwort“ des flüchtigen Generals); und endlich in Auszügen aus dem Requisitionarium des General-Prokurators vom 8., 9. u. 10. Aug. 1889. Alle diese Aktenstücke waren **weltbekannt** seit dem weltbekanntem Prozeß des „braven Generals“, das heißt seit ungefähr fünfzehn Jahren! Vor der ganzen Welt lagen also die uns „moralisch vernichten-

Pränumerando zahlbares Abonnementpreis:  
Vierteljährl. inkl. Bringerlohn 2 Mk. 25 Pf., monatl. 80 Pf.  
In der Expedition u. den Ausgabestellen 2 Mk., monatl. 70 Pf.  
Bei den Postanstalten 2,50 Mk. excl. Bestellgeld.  
Einzeln Nummern 5 Pf.  
Sonntags-Nummer 10 Pf.  
Zeitungsliste Nr. 7095.  
Insertionsgebühr 15 Pf.  
Arbeitsmarkt 10 Pf. für die gewöhnliche Zeile.

den Thatsachen“ sechshalb Jahre lang und niemand hat sie entdeckt, bis der Gesellschaftsreiter Hans Blum kam, und sie nach sechshalb Jahren in einem aller Welt zugänglichen, von Hunderttausenden seit sechshalb Jahren gelefenen Handbuche „überraschend schnell“ entdeckte. Das zur geistigen Charakteristik des Mannes und seiner Gesellschaft.

Daß der Gesellschaftsreiter in seinen „Elgen“ und gelegentlich des Plauener „Hübentückes“ sich besonderer, dem großen Publikum nicht zugänglicher Informationsquellen gerühmt hatte und daß er sich gelegentlich seines Prozesses gegen den Vorwärts sogar weigerte, sein kostbares Belastungsmaterial gegen die Sozialdemokratie dem Bericht und seinem eigenen Rechtsfreunde anzuvertrauen, sei als kleiner Beitrag zum Charakterbilde nur nebenbei angeführt.

Und hier einige Worte, ehe wir zu dem Meisterstück des Hans Blum kommen.

Der General-Prokurator hat Boulanger ganz richtig gezeichnet, wenn er sagt, er sei das Oberhaupt aller Feinde der Republik gewesen. Die royalistische Herzogin von Uzès, die ihm Millionen gab, der legitimitische „Anarchist“ Morphy, die französische Geistlichkeit, die russische Regierung u. unterstützten den „braven General“. Wie weit die Unterstützung Boulangers von deutscher Seite ging, können wir natürlich nicht feststellen. Wir wissen bloß, daß in den Kreisen sehr einflußreicher und sehr wohlunterrichteter französischer Politiker Fürst Bismarck als der Hauptbühnen Boulangers gegolten hat. Und bekräftigen die Thatsachen etwa nicht diese Vermutung? Der Boulanger, der das Gespenst des Revanchekriegs verkörperte und den vorzüglichsten Baustein für die Vergrößerung der deutschen Armee bildete, war dem Fürsten Bismarck ebenso nützlich, wie der Boulanger, der die französische Republik vernichten wollte, ihm willkommen sein mußte.

Gewiß ist, daß die Fälschungsmaßen von 1887, durch die Fürst Bismarck sein Hausmeiertum noch auf 3 Jahre verlängerte, ohne Boulanger nicht hätten bewerkstelligt werden können. Und wer — auch dieser Punkt muß hier hervorgehoben werden — die Haltung betrachtet, die unsere sozialdemokratische Presse sowohl im Inland als im Ausland zu jener Zeit einnahm, wird sehen, daß Boulanger von uns allgemein als Werkzeug und Verhinderer Bismarcks aufgefaßt wurde. Und wer unsere Presse mit der Presse der Bismarck'schen Ordnungsparteien vergleicht, wird sich überzeugen, daß die sozialdemokratische Partei die einzige war, welche Boulanger scharf bekämpfte und ihn damals schon ähnlich beurteilte, wie der französische General-Prokurator es zwei Jahre später gethan hat; daß dagegen umgekehrt die Ordnungsparteien, und ganz besonders die nächsten Freunde des Hans Blum, vermutlich auch er selber, eine so eifrige Reklame für Boulanger machten, daß sie nicht mehr Eifer hätten entwickeln können, wenn sie dafür bezahlt wären. Wir wollen den Spieß nicht umdrehen, und nicht behaupten, Hans Blum sei von Boulanger bezahlt worden, allein wir könnten jedenfalls hierfür zehnmal plausiblere Gründe anführen, als er für seine Hans Blum'sche Beschuldigung gegen uns.

Bei dieser Gelegenheit noch eine Michtigstellung. Hans Blum läßt Boulanger Verbindungen mit französischem Kommunards u. haben; und er insinuiert, daß durch diese die Verbindung mit den deutschen Sozialdemokraten hergestellt worden sei. Es ist wahr, einige Kommunards haben sich mit Boulanger eingelassen. Diese sind aber von der sozialistischen Partei in Frankreich wie in Deutschland als Verräter gebrandmarkt worden. Und sie waren insgesamt rabiate Chauvinisten, wie der Lump Protot, der die deutsche Sozialdemokratie beschuldigte, sie stünde im Solde — Bismarcks. Vielleicht jetzt Herr Hans Blum sich mit Herrn Protot in Verbindung.

Jetzt zu dem Meisterstück des Hans Blum. Es ist eine That — freilich nur eine negative. Daß Herr Hans Blum bei seinen „Citaten“, die sich alle um die 279 000 Francs drehen, aus denen die Beschuldigungsgelder für die deutsche Sozialdemokratie geflossen sein sollen, es sorgfältig vermeidet, zu sagen, daß der „brave General“ angeklagt und schuldig befunden ward, alles für seine Person und seine Staatsrechtswerte unterschlagen zu haben, — daß Herr Hans Blum dies sorgfältig verschweigt, ist bloß eine logische Konsequenz seiner gesellschaftsreiterischen Mission.

Schon früher teilten wir aus der Anklageschrift die Stelle mit, auf der die ganze Beweisführung des Hans Blum ruht. Wir lassen die Stelle nochmals abdrucken, und zwar in der typographisch hübschen Form, welche das Genie des Gesellschaftsreiters Hans Blum ihr zu geben verstand.

Auf die Anklage, daß er — Boulanger — eine größere Geldsumme für ein Blatt: den Avenir National, zu rein persönlichen Zwecken angesetzt habe, erwidert der „brave General“ in seiner Verteidigungsschrift (Seite 285 des Daniel) nach dem Hans Blum'schen Citat:

„Ich wollte — Sie wissen mich zu bedauern... unter meiner Hand Leute zur Verfügung haben, die mit der Sozialdemokratie eines gewissen Landes Verbindungen unterhalten, so daß ich auf deren Dienste zählen konnte an dem Tag, der dem Ausbruch des Krieges vorausging, aber erst an diesem Tage.“

Sehen wir zu, wie die Stelle im französischen Original lautet:

Je voulais surtout — et vous me forcez à le dire — avoir sous la main des gens ayant avec les socialistes d'un certain pays des relations, dont je comptais me servir le jour où la guerre servait à la veille d'éclater, mais seulement ce jour là.

Richtig, nicht Hans-Blum'sch, als jetzt heißt das:

Ich wollte nur allein — und Sie können mich zu bedauern... unter meiner Hand Leute zur Verfügung haben, die zu dem Ausbruch des Krieges Verbindungen unterhalten, deren Dienste ich auf dem Tag, wo der Krieg ausbrach, zu zählen konnte, aber erst an diesem Tage. (Die letzte Zeile ist im Original weggelassen.)

Ein Vergleich mit der Hans Blum'schen Uebersetzung zeigt, daß diese, ganz abgesehen von der verabschiedeten Uebersetzung

durch den Fettdruck, die angebliche Absicht viel konkreter, greifbarer darstellt, als Boulanger gethan hat, und daß Hans Blum „die Beziehungen, deren Boulanger sich zu bedienen gedachte“, zu leiblichen Sozialdemokraten sich verdichten läßt, „auf deren Dienste Boulanger zählen konnte!“

Spiegelberg, Spiegelberg! Doch das ist nur ein harmloses Vorspiel der Meisterleistung.

Und nun beobachte man den Meister an der Arbeit. Der oben falsch und täuschend wiedergegebenen Stelle, deren Original S. 285 des Daniel steht, läßt Hans Blum, plötzlich um 29 Seiten des Originals zurückspringend, eine S. 256 des Daniel befindliche Stelle folgen, die in gar keinem oder höchstens dem denkbar entferntesten Zusammenhang mit jener Stelle steht, und auch nicht ein Wort enthält, das auf die deutsche Sozialdemokratie irgend Bezug hätte.

Zu diesem plötzlichen Zurückspringen hatte Hans Blum aber einen sehr guten Grund.

Nämlich neun Zeilen hinter jener Stelle, die den Grundstein seiner monströsen Anklage gegen uns bildet, heißt es — in der Anklageschrift des Boulanger, dem es hier vor allem darauf ankam, die Beschuldigung der Unterschlagung von Staatsgeldern zurückzuweisen, wörtlich (S. 286 des Daniel):

La preuve, que je n'ai jamais voulu, comme vous le dites, faire une operation commerciale, c'est que, du jour où je me suis aperçu que ce journal ne pouvait nous rendre les services que nous attendions de lui, je cessai de lui donner de l'argent.

Was in möglichst wortgetreuer Uebersetzung heißt:

Der Beweis, daß ich niemals, wie Sie (der General-Prokurator) behaupten, ein Handelsgeschäft (mit dem Avenir National) machen wollte, ist, daß ich am Tag, wo ich mich überzeugte, daß diese Zeitung uns nicht die erwarteten Dienste leisten konnte, aufhörte, für dieses Blatt Geld zu geben.

Also Boulanger hat sich, wie er in seiner Verteidigungsschrift ausdrücklich sagt, überzeugt, daß er sich in seinen Hoffnungen auf „Beziehungen“ „zu den Sozialisten eines gewissen Landes“ getäuscht hatte.

Diese entscheidende Aussage hat Hans Blum unterschlagen.

Das ist das Meisterstück; das ist die rettende That. Sie richtet sich selbst und ihren Urheber.

Doch weiter. Wir haben nachgewiesen — diese trefflichen Widerlegungen sind dem Vorwärts entnommen, dessen Redaktion einzig und allein im Besitz des von Blum angebotenen Materials war — daß die entscheidenden Stellen, welche Hans Blum... dem französischen „Politischen Jahrbuch“ entnommen hat und durch welche er den Beweis dafür geliefert zu haben behauptet, „daß General Boulanger mit deutschen Sozialdemokraten Beziehungen angeknüpft habe zu dem Zwecke, damit sie, wenn Frankreich den Krieg an Deutschland erklärt hätte, im Hintergrunde der deutschen Heere die Revolution entfesselten, und so die Wehrkraft unserer gegen Frankreich kämpfenden Brüder schwächten und sie zwischen zwei Feuer brächten.“ teils gefälscht wiedergegeben sind, teils dadurch jeder Beweiskraft entbehren, daß diese Angaben, durch andere, aber von Blum unterschlagene Stellen desselben Buches widerlegt werden.

Daß die Angaben, auf welche sich Hans Blum stützt und durch welche er die deutsche Sozialdemokratie „moralisch vernichtet“ zu haben glaubt, von General Boulanger hergeleitet, und daß dieser die Schrift, aus welcher Blum zitiert, zum Zwecke der eigenen Verteidigung gegen die schwerste Anklage, welche gegen einen Staatsbürger und Soldaten gerichtet werden kann, geschrieben hat, das müßte für jeden anständigen Mann schon genügen, Angaben aus solcher Quelle mit größter Vorsicht zu begegnen. Seit wann gelten Angaben eines Angeklagten, die dieser zum Zwecke seiner Verteidigung vorbringt, als zweifelsfreie Thatsachen, die einer Nachprüfung nicht bedürften?

Herr Hans Blum hat aber nicht nur diese Nachprüfung unterlassen, er hat sogar, wie wir nachgewiesen haben, Stellen, die das Gegenteil von seinen Schlussfolgerungen beweisen, unterschlagen. Dieses Verfahren nach Gebühr zu würdigen, können wir ruhig den anständigen Angehörigen aller Parteien überlassen.

Zu nachstehenden wollen wir nun zeigen, wie Herr Blum die deutschen Quellen behandelt hat, aus welchen er die Beweise beibringen will, daß: „die deutsche Sozialdemokratie (bereits war) zu der kritischen Zeit, von der Boulanger spricht, daß wir „dem Kriege niemals näher waren“, d. h. zu Anfang 1887 und beim Schnäbelefall (20. April 1887) — zur Ausführung der feinen Dienste, die Boulanger von seinen Soldaten im Lager der deutschen Sozialdemokratie erwartete.“

Die Dienste, von denen in dem vorstehenden Citat die Rede ist, sollten nach Blum darin bestehen, daß die durch Boulanger geführten Führer der deutschen Sozialdemokratie „vom „Vorabend des Kriegsausbruches“ an das revolutionäre und vaterlandslose Programm ihrer Partei in Thaten umzusetzen und damit die Widerstandskraft der deutschen Heere gegen Frankreich brachen, mindestens erheblich schwächten.“

Daß auf Seite der Führer unserer Partei die Bereitwilligkeit zu diesem Vaterlandsverrat vorhanden war, das will Herr Blum durch „eine Reihe amtlicher Zeugnisse“, die die Führer der deutschen Sozialdemokratie selbst anzustellen die Fremdbildlichkeit hatten“, beweisen.

Welchen Wert diese „amtlichen Zeugnisse“ des Herrn Blum haben, wollen wir im nachstehenden zeigen, indem wir neben den Blum'schen Citaten die wirklichen Aeusserungen, wie sie in den hier angegebenen Berichten enthalten sind, wiedergeben. Herr Blum führt als ersten Zeugen für seine Anschuldigung seinen Genossen Grillenberger an, von dem er schreibt:

Als zu Anfang des Jahres 1886 die Kriegsjahre ausgingen, ging Herr Grillenberger im Auftrag am 4. Dezember eine Besprechung gegen die deutschen Sozialdemokraten an. Jeder bewachte die Aeusserungen gegenüber haben wir ein Blatt, das vollständig nach dem Original ist. Eine Besprechung haben wir ebenfalls für über-

flüssig, aber wir werden uns daran beteiligen, um zu hören, für Ausschüsse vom Kriegsminister gegeben werden sollen, um diese Ausschüsse beim Volke zu verwerthen. (Stenogr. Ber. S. 102.)

Die vorstehend angeführte Aeusserung Grillenberger's lautet im amtlichen Stenogramm:

Eine Kommissionsberatung stellen wir eigentlich für vollkommen überflüssig, aber wir werden uns trotzdem beteiligen, um zu hören, was eigentlich für Ausschüsse seitens des Herrn Kriegsministers gegeben werden sollen, und um diese Ausschüsse beim Volke dann zu verwerthen (Bursch.) Im übrigen, m. H., haben wir gegenüber jeder d. artigen Vorlage nur einen Standpunkt, nur eine Antwort und das ist ein entschiedenes, unabänderliches non possumus.

Die Scheu vor jedem ehrlichen Zitteren, welche bei Herrn Blum, wie wir noch weiter zeigen werden, zur Wahnsinnigkeit ausgeartet ist, hat ihn dazu gebracht, die Grillenberger ausgesprochenen Sätze einfach unzutreffend und den Anfang an das Ende und dieses an die Spitze zu setzen. Indes kommt dieser Punkt kaum in Betracht gegenüber den sonstigen Leistungen, die wir noch anzudeuten haben.

Blum fährt, nachdem er die Aeusserung Grillenberger's zitiert hat, fort wie folgt:

Der Kriegsminister Bronsart v. Schellendorf hatte schon zu vor, am 3. Dezember, erklärt (Sten. Bericht S. 70), daß er in Kommission diese Ausschüsse nur geben könne mit Rücksicht auf Verschwiegenheit der Kommission. Herr Grillenberger aber wollte dieser Kommission, obwohl er und seine Genossen der Militärbehörde doch nur ein „unabänderliches non possumus“ gegenüberstellen, erscheinen, um die Ausschüsse des Kriegsministers beim Volke — h. natürlich auch beim französischen Volke — zu verwerthen. Kriegsminister stieg den französischen Cicero sofort auf diesem Anblich fest (Sten. Bericht S. 108) mit den Worten:

Der Herr hat die Bereitschaft seiner Partei erklärt, an Verhandlungen der Kommission teil zu nehmen, nicht um da mitzuarbeiten, sondern um Kenntnis von dem zu erhalten, was dort gesprochen wird, um dasjenige, was im Interesse des Deutschen Reiches nicht im Plenum verhandelt, sondern in Kommission vertraulich besprochen wird, an die Öffentlichkeit bringen.“

Obwohl Herr Blum nur amtliche Zeugnisse herbringen will und er die vorstehende Aeusserung des Kriegsministers, wie alle seine übrigen Citate, in Gänze einbezieht, was doch den Anschein erwecken soll, als citiere wörtlich, so ist das doch keineswegs der Fall. Herr Blum giebt auch die Rede des Kriegsministers in gefälschten Texten wieder, in Wirklichkeit lautete dieselbe (Sten. Ber. S. 108):

Ich muß gerade zunächst auf denjenigen Herrn näher eingehen, welcher der Vorlage ein festes non possumus entgegengelegt hat, welcher gleichwohl die Bereitschaft seiner Fraktion erklärt hat, an den Verhandlungen in der Kommission teilzunehmen, nicht um daran zu arbeiten im Interesse einer Verständigung, sondern, wie er sagt, um Kenntnis zu erhalten von dem, was dort gesprochen wird, um es im Interesse des Volkes zu verwerthen.

Mit Rücksicht auf diese Aeusserung möchte ich doch hier die Frage aufwerfen, wie denn der Herr Abgeordnete und eventl. andere Herr seiner Fraktion zu der Pflicht stehen, die Erklärungen, die ich da vollster Offenheit zu geben bereit bin, vertraulich zu behandeln. (Stenogr. Ber. S. 108.)

Ich kenne die politischen Gesinnungen und politischen Grundgedanken dieser Partei nicht hinlänglich, um mir selbst im Augenblick davon eine Antwort zu geben; aber das erkläre ich schon jetzt: wenn der Herr Abgeordnete seine Teilnahme an der Kommission nur dazu nähern will, um dasjenige, was hier im Interesse des Deutschen Reiches im Plenum nicht verhandelt wird, sondern in der Kommission vertraulich besprochen wird, an die Öffentlichkeit zu bringen, würden mir recht unangenehm, mir persönlich recht unangenehm, Schranken in Bezug auf die Darlegung der Verhältnisse da aufzuerstellen werden.

Auf diese Ausführungen des Herrn Kriegsministers geht unser Genosse in Gestalt einer persönlichen Bemerkung derselben Sitzung sofort nachfolgende Erklärung ab (Stenogr. Ber. S. 114/15).

... Die Art und Weise, wie der Herr Kriegsminister das sagt hat den Anschein, als ob wir gewissermaßen Landesverräterische Absichten hätten bei etwaigen solchen Ausschüssen. Ich muß darauf erklären: Der Herr Kriegsminister hat gefehlt, als er davon sprach, daß in der Kommission Ausschüsse gegeben werden würden, nicht davon erwähnt, daß das vertrauliche Ausschüsse sein würden. Wenn in der Kommission solche vertraulichen Ausschüsse kommen, dann kann der Herr Kriegsminister ja sagen: Das ist etwas, was ich als vertraulich aufzufassen bitte. Wenn mir das nicht paßt, kann ich sagen: Das acceptiere ich nicht; dann kann der Herr Minister seine Ausschüsse für sich behalten. (Schäpfer'scher Widerspruch.)

Ich führe das nur als Möglichkeit an, erkläre aber zu gleicher Zeit, daß uns das gar nicht einfallt; im Gegenteil, wenn der Herr Kriegsminister mit solchen vertraulichen Ausschüssen kommt, dann werden wir dieselben, wenn sie uns als solche bezeichnet werden, gerne so respektieren, wie die Herren von den anderen Parteien. Was ich mit der Bemerkung sagen wollte, bezog sich darauf, daß der Herr sich in den Kommissionsverhandlungen wie ein Mitglied, selbstverständlich unseren Vätern schillern werden, und wie selbstredend auch berechtigt sein müssen, unsere politische Stellung nach diesen Verhandlungen zu richten. Etwas anderes wollte ich damit nicht ausdrücken.

Diese Erklärung Grillenberger's, welche jeden Zweifel über das Verhalten unserer Abgeordneten gegenüber eventuellen vertraulichen Mitteilungen ausschloß, unterschlägt Hans Blum seinen Lesern. Mit keinem Wort nimmt er Notiz von derselben, dagegen schreibt er:

Was würde in Frankreich damals einem Abgeordneten geheißen sein, der offen in der Kammer eingestanden hätte, er wolle sein Abgeordneten-Mandat nur dazu mißbrauchen, um die vertraulichen Mitteilungen des Kriegsministers in der Heeres-Budgetkommission der Öffentlichkeit zu verraten?

Als zweites amtliches Zeugnis führt Herr Blum eine Rede unseres verstorbenen Genossen Hasenclever an. Blum schreibt da:

Am 8. Januar 1887, kurz vor der Auflösung des Reichstages wegen Verweigerung des Septennats und der Wehrvorlage, sagte Herr Hasenclever:

Wenn Sie das Volk (!) durch das Sozialistengeheiß so anquähen, dann können Sie auch in Zeiten der Gefahr auf so An sich nicht verlassen (Lachen). Und am 12. Januar (Sten. Bericht S. 362) sagte er hinzu: Ein Krieg (gegen Frankreich) erscheint der arbeitenden Klasse als gar keine Gefahr. Ferner S. 364: Wir werden uns der Abstimmung enthalten (!) — wie 1870! — Wir wollen diesen häuslichen Krieg (!) — denn weiter ist es doch nichts — nicht führen.

Für die Schlampererei, mit der Herr Blum seine Artikel zusammen stolpert, ist es bezeichnend, daß Hasenclever am 8. Januar 1887 überhaupt nicht gesprochen hat. Die am 12. Januar gehaltene Rede unseres Genossen, aus der Herr Blum einzelne Sätze heraus gerissen hat, um dadurch ein total entstelltes und gefälschtes Bild zu geben, lautet wie folgt (St. B. S. 362):

W. S. Es ist ganz etwas anderes, wenn Sie im Lande selbst das Volk zur Vereinerkennung seiner Interessen aufzufassen können. Wenn Sie das Volk so stellen, daß es dem Vaterlande treu sein will, wenn Sie solche Einrichtungen treffen, dann wird keine Kriegsgefahr vorhanden sein. Aber wenn Sie das Volk durch das Sozialistengesetz, durch Polizeimaßregeln, durch die sogenannte Puttkamerer so arg quälen, dann können Sie auch in Zeiten der Gefahr auf das Volk sich nicht verlassen. (Lachen)

Wenn Fürst Bismarck erklärt hat, daß die Männer, welche Unglück durch ihr Verhalten über das Vaterland heraufbeschworen, eigentlich zur Verantwortung gezogen werden müssen, so will ich dem nicht widersprechen. Aber ich erkläre, wenn er alle Leute, die schon Unglück über das Vaterland heraufbeschworen haben, zur Rechenschaft dereinst einmal ziehen will, so kann er sich in seiner Nachbarschaft umsehen, von wo aus so viel Unglück gegenwärtig über das Vaterland heraufbeschworen, daß ein Krieg unter Umständen dem arbeitenden Volke als gar keine Gefahr erscheint. So steht die Sache!

Die Bemerkung wegen dem „häuslichen Krieg“, welche Blum in einer Form bringt, als ob Hasenclaver einen eventuellen Krieg in Frankreich damit habe bezeichnen wollen, befindet sich auf Seite 366 der Stenographischen Berichte und bezieht sich auf Anträge der liberalen Parteien, die Präsenzliste nur auf drei statt, wie die Regierung verlangte, auf sieben Jahre zu bewilligen. In Bezug auf diesen nebenfächlichen Punkt erklärte Hasenclaver:

Wir werden nun bei der Abstimmung, ob sie heute, ob sie morgen kommt, bei allen diesen Amendements, auch beim Amendement Payer, uns der Abstimmung enthalten. (Ausruf: Ah!) Wir wollen diesen häuslichen Krieg — dann weiter ist er doch nichts — nicht föhren; für uns ist es keine Prinzipienfrage, ob drei Jahre, ob sieben Jahre.

Herr Blum behauptet weiter in seinem Artikel, daß die sozialdemokratische Partei 1887 als Grobproportionärin Frankreichs in den Wahlkampf gezogen sei. Und zwar soll dies ganz in

den selben Gesinnungen und Absichten geschahen sein, welche jene unbekannt sozialdemokratischen Pensionäre Boulanger's bis zum „Vorabend des Kriegsausbruchs“ in ihres Verzens Schrein verschloffen. Denn das amtliche Parteiblatt, der „Sozialdemokrat“, brachte im Januar 1887 an seiner Spitze die Quittungen über die aus Frankreich an die deutsche Sozialdemokratie für Reichstagswahlen eingelaufenen sehr bedeutenden Beiträge. Und unmittelbar darunter, als Gegenleistung, einen Vektirial „Zu den Reichstagswahlen“, welcher den französischen Spendern, die vaterlandslose Gesinnung der deutschen Sozialdemokratie zur weitgehenden Verfügung stellte. Denn da heißt es:

Die Reichstags-Wahlen bedeuten nichts anderes, als einen Protest gegen alles, was im Reiche besteht, gegen das Reich selbst, gegen die kaiserliche Regierung, gegen die Gesellschaftsordnung, gegen die Herrschaft des Reiches, gegen die Produktionsweise, kurz gegen alles.

Enthält sollen nach Blum alle diese Dinge sein durch die Abgeordneten v. Friesen in der Sitzung des Reichstags vom 10. Januar 1886 (Sten. Ber. S. 392) und dem Abgeordneten Dr. Götz in der Reichstagsitzung vom 5. Mai 1887 (Sten. Ber. S. 445).

Die bei den Arbeiten des Herrn Blum übliche Schlamperei zeigt sich zunächst wieder darin, daß Herr von Friesen im Jahre 1886 gar nicht Abgeordneter zum Reichstag war, sondern erst im Februar gelegentlich der sogenannten Falschungswahlen gewählt wurde. Daß die Enthüllung also nicht am 10. Januar 1886 im Reichstage gemacht sein konnte ist klar.

Allerdings hat Herr v. Friesen im Reichstag einmal in „Enthüllungen über Sozialdemokratie“ gemacht, das war aber am 10. Januar 1889 und das Nähere darüber ist auf Seite 372 u. f. im Sten. Ber. nachzulesen.

Herr von Friesen führte in der betreffenden Sitzung aus:

Wir haben Beweise in die Hände bekommen, die ein Licht darauf werfen, warum unsere Wähler den Herren Sozialdemokraten ihre Stimmen nicht gegeben haben. Sie haben auf dem Tage in St. Gallen am 3. und 4. Oktober 1887 einen Bericht erstattet über ihre Rassenverhältnisse; in diesem Berichte haben sie angegeben, daß sie 52 907 W. aus Frankreich zu den Wahlen bekommen haben. (Hört!)

Das das sächsische Volk keine Lust hat, Herren zu wählen, die aus Frankreich zu den Wahlen unterstützt werden, das ist wohl sehr erklärlich.

Auf diese Anzuspung antwortete unser Genosse Bebel in derselben Sitzung in Gestalt einer persönlichen Bemerkung sofort wie folgt:

Der Abgeordnete Frhr. v. Friesen hat Bezug genommen auf den Rassenbericht, der auf dem St. Gallener Kongress erstattet wurde, und aus Frankreich an den Wahlfonds der sozialdemokratischen Partei geleistet worden seien. Diese ganze Behauptung ist total falsch und unwahr, und ich fordere Herrn von Friesen auf, mir den offiziellen Bericht zu zeigen, in dem diese Angabe steht.

Meine Herren, die Sache ist so, die ganze Summe, die aufgeführt ist, bezieht sich auf das Ausland überhaupt, und darunter sind weit über 40 000 W. aus den Vereinigten Staaten von Amerika. Die übrigen Summen sind aus der Schweiz, aus England usw. und aus Frankreich sind im ganzen vielleicht leider nur 300 Franken eingegangen.

Statt die von Bebel geforderten Beweise für seine Behauptung beizubringen, quittierte der sächsische Junker über die ihm applizierte Ohrfeige wie folgt:

„Der Herr Abgeordnete Bebel hat mich aufgefordert, ihm den Nachweis darüber zu bringen, daß in dem Rassenbericht die 50 000 W. aus Frankreich gesammelt hätten. Ich gebe zu, daß ich mich darin irren kann, daß sie nicht allein aus Frankreich, sondern auch aus Amerika und anderen Staaten eingegangen sind. Sie sind aber sicher vom Auslande eingegangen, und Herr Bebel hätte die 50 000 W. auch genommen, wenn sie aus Frankreich gekommen wären, denn er hat gesagt: leider haben wir aus Frankreich nur 300 W. bekommen.“

Daß Herr Blum diese schmähliche Retirade seines Landsmannes und Kartellbruders verschweigt und ebenso die Nichtigstellung unseres Genossen Bebel, ist selbstverständlich.

Was die weiteren Angaben Blums betrifft, wonach Dr. Götz enthüllt haben soll, daß der „Sozialdemokrat“ im Januar 1887 an seiner Spitze die Quittungen über die aus Frankreich an die deutsche Sozialdemokratie für Reichstagswahlen eingelaufenen sehr „bedeutenden Beiträge“ enthalten habe, und daß als „Gegenleistung“ dafür „unmittelbar darunter“ ein Artikel gestanden habe, „welcher den französischen Spendern die vaterlandslose Gesinnung der deutschen Sozialdemokratie zur weitestgehenden Verfügung stellte“, so wissen wir nicht, ob Blum seinen Parteigenossen auch falsch oder ob er ihn ehrlich zitiert.

Was wir aber wissen und jeden Moment — zwar nicht durch amtliche Zeugnisse à la Blum — aber durch die betreffenden Nummern des genannten Blattes beweisen können, ist, daß die Angaben des Blumschen Artikels auch in diesem Punkte von A-Z erfunden und erlogen sind. Weber in den fünf Nummern des Sozialdemokrat, welche im Monat Januar 1887 erschienen sind, befindet sich ein Artikel, in dem das von Blum „enthüllte“ Zitat enthalten ist, noch hat jemals ein solcher Satz überhaupt in dem genannten Blatte gestanden. Das Zitat ist eine aus den Fingern gesogene Lüge.

Was es aber mit den „bedeutenden Beiträgen“ auf sich hat, welche angeblich aus Frankreich geflossen und im Januar 1887 an der Spitze des Sozialdemokrat quittiert sein sollen, so konstatieren wir, daß während des ganzen Monats nur in der Nr. 5 ein Beitrag aus Frankreich quittiert ist und zwar lautet diese Quittung: P. G. Lyon 5 Franken.

Was aus Frankreich überhaupt an Geld kam zu den 87er Wahlen, darüber hat Bebel vorstehend klaren Wein eingeschickt.

So also sehen die „amtlichen Zeugnisse“ des Herrn Blum aus.

Wäre der Gegenstand nicht so traurig — schreibt der Börsen-Kurier — es wäre belustigend zu sehen, wie

Herr Hans Blum den Nachweis führt, wie er trankhaft die einfachsten Dinge mißverstehen und mißdeutet.

Und das ist der neueste Gesellschaftsretter — das die neueste Gesellschaftsrettung. Der Retter ist seiner Gesellschaft wert. Wie der Herr, so der Diener — wie der Diener, so der Herr. Wie dieser Gesellschaftsretter, so seine Gesellschaft. Und nur um diese zu brandmarken, haben wir den Menschen gekennzeichnet. Wie der Vormwärts gleichfalls hervorhebt, haben nur die verrufensten und verworfensten Blätter, bei denen die Geisteskräfte so gering sind, daß sie vom Parteihass ganz weggeschwemmt werden konnten, den Blumschen „Enthüllungen“ ihre Spalten geöffnet. Alle anständigen Blätter ignorieren entweder die Veröffentlichung der Magdeburgischen Zeitung Hans Blums oder wundern sich über die bodenlose Frivolität, solche Beschuldigungen abzudrucken. Sogar die Blätter, die sich zur Weiterverbreitung hergegeben haben, empfinden instinktmäßig, daß die Geschichte doch nicht recht stimmen kann. Sonst ließe sich zum Beispiel der sonderbare Wunsch des Leipziger Tageblatts nicht erklären, die Reichsregierung möge doch endlich das nötige „Material“ liefern, und „Quittungen“ von Sozialdemokraten beibringen, da der Hans Blum leider nicht im stande gewesen sei, mit solchen Papierchen aufzuwarten. Das Verlangen ist wirklich polizeiwidrig naiv. Also das Hans Blumsche „Material“, das uns erdrücken sollte, ist gar kein „Material“ nach dem eigenen Geständnis der Hans Blumschen Gehilfen.

Ja die Quittungen! Gewiß hat die Reichsregierung Quittungen von Boulanger-Deuten — aber die Namen, die drunter stehen, sind keine sozialdemokratischen.

Die Namen! — Das Leipziger Tageblatt kennt den Wert der Blumschen „Beweise“, es weiß, daß es sich dabei nicht nur um Fälschungen, sondern auch um dumme und plumpe Lügen handelt, hinter denen gar nichts steckt und die nur Zeugnis ablegen für die blinde und ohnmächtige Wut unserer Gegner.

Herr Blum erzählt im Eingange seines Artikels, daß in dem Prozeß, den er gegen uns angestrengt hat, das Gericht zur Annahme kam, daß er „zwar die Behauptungen in seinem Werke gutgläubig aufgestellt habe, daß sie aber nicht erwiesen seien.“

In dem betreffenden Prozeß gegen uns hatte sich Herr Hans Blum geweigert, sein Beweismaterial vorzuführen, daselbe konnte also vor Gericht nicht auf seinen Wert geprüft werden. Jetzt kennen wir dies Material und wir haben nachgewiesen, daß es Satz für Satz gefälscht ist oder aus frei erfundenen Lügen besteht. Das gestehen mehr oder minder auch andere Blätter ein.

Die Vossische Zeitung kennzeichnet die Blumschen Ausführungen als „gehässige Willkürlichkeit, die jeder Beweisermangel.“

Die Freimünzige Zeitung bezeichnet einzelne Stellen seines Artikels als „Verteumdungskombination“ und schreibt: ein Blatt wie die Magdeburgische Zeitung hätte sich nicht zum Abdruck dieses Geschreibsels hergeben dürfen. Diese „Enthüllungen“ sind doch ein sehr fadenheimiger Beweis für die angeblichen Beziehungen des Generals Boulanger zu deutschen Sozialdemokraten.

Und nach der Volkszeitung beweisen diese „Enthüllungen“ nichts, gar nichts!

Es gehts aus ihnen nur hervor, daß Boulanger angeblich — denn wer glaubt einem solchen Abenteuerer überhaupt ein Wort? — den Plan hatte an die

Fenilleton.

Im Kampf ums Recht.

Roman aus der Zeit vor hundert Jahren. Von Emanuel Warm.

Die Kirche Notre-Dame ist ganz in der Nähe. Tag und Nacht wird sie offen gehalten, wie alle katholischen Dome — hier, in diesen großen weiten Räumen kann er Vergung finden!

Wolfgang biegt um die Ecke der Straße und stürzt atemlos vorwärts; eine kleine Seitenpforte des Domes ist geöffnet.

Noch können ihn seine Verfolger nicht sehen — dicht vor der Pforte hemmt er seinen ungestümen Lauf, gebückt schleicht er in den Dom.

Seine Blicke richten sich nach dessen Mitte, dort steht ein weißer Katafalk, umgeben von mächtig hohen, brennenden Kerzen in silbernen Leuchtern. Auf dem Katafalk ruht eine weißgekleidete Gestalt, umhüllt von einem Brausfchleier —

Mehrere Nonnen knien neben dem offenen Sarge und murmeln Gebete.

Jetzt erhebt sich ein Priester und klingelt mit einem silbernen Glöckchen.

„Miserere, miserere, domine,“ singen die Nonnen. Wolfgang ist von dem Sicht geblendet, die kühle Luft raubt ihm fast die Besinnung — er tastet sich an dem kalten, marmorbedeckten Wänden entlang, nach einem der hohen Bestühle, die in langen Reihen das Seitenschiff der Kirche anfüllen. Dort sinkt er ermattet hin — noch hört er ein dumpfes, fragendes Flüstern und schwere Schritte, die sich in den Gängen der Kirche verlieren.

Seine Verfolger suchen ihn — sie haben keine Spur verloren.

Er streckt sich auf den Boden nieder, der in dichte Finsternis gehüllt ist.

„Miserere, miserere, domine!“ Eine tote beklagen die Nonnen! Und er? Wird er leben bleiben? Jetzt, wo er die Freiheit errungen, wird er Kraft genug behalten?

Matt senken sich seine Augenlider, die kalte Kirchenluft betäubt ihn — sein Atem stockt.

XIII.

Die Erstürmung der Bastille hatte eine nachhaltige Wirkung in ganz Frankreich ausgeübt. In allen Städten und Dörfern atmeten die Armen und Unterdrückten auf; sie schöpften neue Hoffnung, daß es doch einmal ein Ende ihrer Not geben könne.

Und groß genug war dieselbe. Wohl hatte Frankreich schon vor Jahrzehnten die Leibeigenschaft aufgehoben, die noch in Deutschland den Bauer im Namen des Gesetzes zum Werkzeug der Willkür seines Herrn machte, doch die wirtschaftliche Abhängigkeit war dadurch in Frankreich nicht minder groß wie in anderen Ländern. Unerträglich hoch blieben die Abgaben, welche an die Großgrundbesitzer gezahlt werden mußten, und der Uebermut der letzteren kannte keine Grenzen. Murrend, aber schweigend hatte das Volk diesen Druck ertragen, so lange es für seine schwere aufreibende Arbeit wenigstens satt zu essen hatte! Das Jahr 1789 brachte aber Mißernten und Hungersnot; das Volk darbt, während es seine Herren im Ueberfluß schweigen sah und oft genug Zeuge sein mußte der glänzenden prunkvollen Feste, die der Adel seinen Standesgenossen auf den ländlichen Besitzungen gab.

Mit wilden Blicken betrachtete die hungerrnde Menge, wie diese wohlgenährten Gestalten sich vergnügten, an überladener Tafel sich den Gemüthen des Lebens hingaben, und nicht mehr so demütig wie sonst nahmen diese Hungernden die Ueberreste der Speisen hin, die ihnen der „gnädige“ Guts herr nach beendeten Mahle schenkte.

Nein — trotz des Hungers, trotz der Entbehrungen wiesen sie jetzt mit Zorn und Haß diese Geschenke zurück. Sie fühlten lebhafter wie zuvor, daß auch sie ein Recht auf Lebensgenuß hätten, sie empfanden es als doppelte Schmach, daß man ihnen die Ueberreste dessen schenkte, was sie mit ihrem Schweiß, mit ihrer Kraft geschaffen hatten.

Das Recht auf Freude und Lebensgenuß, das angeborene Menschenrecht, trat der hungerrnden Menge deutlicher ins Bewußtsein, denn der Gegensatz zwischen ihrem Hunger und dem Ueberfluß des Adels war zu groß geworden — und der Sieg der Pariser über die bisher für unüberwindlich gehaltene Macht der Herrschenden hatte ihr Mut eingestößt!

„Wir wollen Brot!“

Dieser Ruf durchdrönte das ganze Land — und bald genug kam es zu heftigem Zusammenstoß zwischen den Bauern und ihren Herren. Der Haß suchte Opfer und er fand sie. Schlösser wurden zerstört, und auch Klöster, denn die geistlichen Grundherren hatten nicht minder das Volk bedrückt wie die weltlichen; jeder Widerstand hatte den Tod im Gefolge. Der Ausbruch der Wut war bei diesen empörten Massen wild und grausam, wie er es sein muß bei Menschen, die man Jahrhunderte lang hat verkommen lassen in Unwissenheit und Elend!

Die Rache feierte ihre Triumphe — doch die Not des Volkes wurde dadurch nicht gemildert. Was half es, daß Nacht für Nacht Schlösser niedergebrannt und dabei die Urkunden der Grundbesitzer zerstört wurden, in denen ihr Recht verbrieft und versiegelt war!

Nicht der Buchstabe, nicht das Papier schmiedete die eiserne Kette der Abhängigkeit und Not — der Geist der Zeit war es, der die Fesseln schlug, der es für Recht erklärte, daß Millionen arbeiten und darben müssen, damit einige Wenige genießen.

Doch im Kampfe gegen diesen bisher so mächtigen Geist der Zeit fanden die unterdrückten Bauern auch einen Bundesgenossen! Im Bürgerstand, der es ebenfalls unzufrieden war, alle Lasten und Steuern tragen zu müssen, während Adel und Geistlichkeit davon befreit waren. Ja, es schien, als ob edle Begeisterung für wahres Recht auch bei denen entstanden wäre, die bisher selbst ihre Macht benutzten hatten, um Sonderrechte für sich zu erwirken.

In der Nacht vom 4. August 1789 erklärten in der Nationalversammlung verschiedene adlige Grundbesitzer, daß es ein Unrecht sei, die Bauern so zu belassen; alle Sonderrechte mußten verschwinden, gleiches Recht für alle sei allein wahres Recht!

Und der gesante Adel, die gesamte Geistlichkeit, ebenso aber auch die bürgerlichen Junkermeister erhoben sich von ihren Plätzen und mit stürmischer Begeisterung erklärten alle, daß sie ihren Privilegien entsagen und gleiche Rechte, gleiche Pflichten für alle Franzosen von nun an Gesetz sein sollten!

(Fortsetzung folgt.)

Sozialdemokratie heranzugehen. Daß er aber mit diesem feinem abernen Beginnen Erfolg gehabt hätte, darüber schweigt Herr Blum. „Als ganz ausgeschlossen aber ist es anzusehen — schreibt der Berliner Börsen-Kourier — daß gleichfalls von Parteiwegen und unter Billigung der Führer ein derartiger Verrat geplant und ins Werk gesetzt werden sollte. Wer so etwas behauptet, ist ein verbrecherischer Verleumder oder ein Narr. Herr Hans Blum macht es auch dem größten Wohlwollen sehr schwer, an seine heilige Einfalt zu glauben.“

Ein anderes Nachwort zur Partei-Verhezung als diese haltlose Beschuldigung gegen die Sozialdemokratie, im Jahre 1887 mit dem Kriegsminister Boulanger Beziehungen gehabt zu haben, ist uns noch niemals vorgekommen — schreibt die Freisinnige Zeitung.

Und wir schließen uns diesem Urteile über die Blum'schen „Enthüllungen“ an. Ueber Hans Blum das Urteil zu sprechen, verbietet uns das deutsche Gesetz, das den Gebrauch der Worte, welche die deutsche Sprache für solche Handlungen hat, mit Strafe belegt.

Jeder ehrliche Mensch findet das richtige Wort.

Tages-Chronik.

Magdeburg, 29. Januar 1895. — Museum. Nach der Tagesordnung der nächsten Sitzung der Stadtverordneten sollen die unentgeltlichen Besuchsstage für das Museum veranschlagt werden. Das ist auch wünschenswert. — Von der Brunnenanlage auf dem Auenplatz ober in der Nähe des alten Rathhauses. — Die mittlere Mädchenschule, welche im Nordfrontgelände errichtet werden soll, erfordert zunächst 170 000 Mark. — Die Stadtverordneten haben sich am Donnerstag mit dem Eisenburger Eisenbahnzüge zu befassen. Der Magistrat wird Mitteilung machen betreffend die Ueberwachung des Eisenbahnüberganges auf dem Eisenburger Breitenwege. Von einer Befreiung des gefährlichen Verkehrsbehindernisses ist bis heute noch nichts zu merken. — Ein Patent auf einen Feuer-, Tür- und Kastenverriegelung erhielt Herr Walter Schulze hier, Breitenweg 119 wohnhaft. — Auf dem Domplatze ist die uneheliche Anna L. hin und herkarrte sich dabei den rechten Fuß. Sie mußte dem städtischen Krankenhaus überführt werden.

Groß-Ottersleben. (Geschlossen.) Die Zuckerrübenfabrik von Gebr. Lindau u. Michels hat ihren Betrieb für immer eingestellt. Die Folge davon ist wieder eine verarmte Arbeitslosigkeit.

Militaria.

Gneisen. (Selbstmord.) Der Artillerie-Adjutant und Adjutant Gneisen hat sich erschossen. — Mainz. (Sozialistische Schriften.) Bei der auch von uns erwähnten Nachforschung nach verbotenen Schriften wurde hier selbst bei einem Soldaten eine sozialistische Schrift gefunden. Der Soldat soll zu einer mehrwöchigen Gefängnisstrafe verurteilt worden sein. So schnell! — München. (Scharlach.) Der Scharlach ist nunmehr auch im Kadettenkorps aufgetreten. Drei Erkrankungen sind bereits festgestellt worden.

Bekräftigungen, Verfolgungen etc.

Verksammlungsverbot. Zu Uebau sollte Genosse Hoffmann-Pantow über den „Kampf ums Vaterland“ reden. Die Versammlung wurde jedoch verboten. Die Gründe sind folgende:

Die von Ihnen für Sonntag, den 20. Januar 1895, nachmittags 1/3 Uhr, in die hiesige „Tonhalle“ einzuberufene öffentliche Volksversammlung wird hiernächst auf Grund von § 5 des königlich sächsischen Gesetzes, das Versammlungs- und Versammlungsbefugnisse betreffend, vom 22. November 1850, verboten und zwar aus folgenden Gründen:

Diese von Ihnen — also vom Führer der hiesigen Sozialdemokratie — zusammenberufene Versammlung soll, wie sich gleichzeitig aus der Person des Referenten und dem gewählten Thema und Lokal ergibt, gleich allen seit Jahren im oben erwähnten Lokale abgehaltenen und von Ihnen veranstalteten Versammlungen sozialdemokratischen Zwecken dienen.

Die Wahrnehmungen, welche in den hier abgehaltenen sozialdemokratischen Versammlungen gemacht worden sind, in die den hiesigen gehaltenen Reden, die dabei gebrauchten Ausfälle gegen staatliche Ordnung, Religion, Monarchie etc., die Debatten im Reichstage über die Abänderung des Reichs-Strafgesetzbuchs, der von den sozialdemokratischen Rednern und Blättern bisher angelegene provozierende und verhetzende Ton, ihre Verherrlichung anarcho-socialistischer Verbrechen und ihr bald offenes bald verschleiertes Bekenntnis, daß sie die bestehende staatliche und gesellschaftliche Ordnung, sofern nicht selbst mit Gewalt, beseitigen wollen, lassen zur Genüge erkennen, daß die gleichbewußten Vertreter der Sozialdemokratie bereit sind, zur Erreichung ihrer Ziele selbst Gesetzesübertretungen oder andere Handlungen zu begehen, zu fördern, zu unterstützen und zu verteidigen, welche mit den bestehenden Anschauungen von Ehre, Tugend, Glauben und rechter Pflicht im direkten Widerspruch stehen.

Zur Verbreitung solcher Anschauungen ist auch die heute hier angemeldete Versammlung bestimmt, sie verfolgt daher, wenn nicht direkt, so zum mindesten indirekt, den Zweck zu Gesetzesübertretungen oder ungesetzlichen Handlungen aufzufordern oder doch dazu geneigt zu machen.

Für den Fall, daß in der Aussicht genommene Versammlung trotz unseres Verbotes zusammengetreten sollte, werden wir Ihre sowie die Verletzung der in der Versammlung etwa aufstretenden Vorrechte, Vetter, Ordner oder Redner in Gemäßheit des § 33 des oben erwähnten Gesetzes herbeiführen, die Versammlung selbst aber sofort auflösen.

Für Sachsen hat die Umfahrvorlage gar keine praktische Bedeutung. Es geht, wie jeder sehen wird, auch ohne dieselbe.

Neueste Nachrichten.

Aus Berlin wird uns geschrieben: An der Beratung der sogenannten Umfahrvorlage nahmen am Montag 28. Kommisionenmitglieder teil. Vor Beginn der Sitzung wurde bereits erzählt, daß ein Kompromiß hergestellt sei zwischen Centrum, Nationalliberalen und Konservern. Von nationalliberaler Seite wurde beantragt, den § 111 a folgendermaßen zu fassen:

„Die Strafvorschriften, die nach § 111 für den Fall der erfolglosen Aufforderung gelten, finden auch gegen denjenigen Anwendung, welcher auf die im § 110 bezeichnete Weise ein Verbrechen oder eines der in den angeführten Paragraphen vorgesehenen Verbrechen in solcher Weise oder unter solchen Umständen als räthlich oder erlaubt darstellt, daß die Verfassung gefährdet ist, andere zur Begehung solcher Verbrechen Handlungen anzuregen.“

Obwohl die Abgeordneten Barth, Rindel, Lenzmann, Debel sich entschieden gegen diese Fassung wandten, welche noch rassistischer als die Regierungsvorlage sei und der Willkür Thür und Thür öffne, obgleich Debel erklärte, die beantragte Fassung würde eine heillose Korruption und ein berechtigtes Mißtrauen gegen die Justiz zur Folge haben, obgleich der Abg. Rindel erklärte, die neue Fassung würde jede Kritik unmöglich machen, die Presse für vogelweide erklären, stimmten 20 Abgeordnete für und 7 Abgeordnete gegen den § 111 a. Das Centrum ist gerichtet — nur Abg. Dr. Schäfer (Centr.) stimmte mit der Opposition und Dr. Sieber (Centr.) enthielt sich der Abstimmung.

Zu weiteren Verlauf der Sitzung wird die Disposition über die einzelnen im § 111 a angeführten Paragraphen des Strafgesetzbuchs erörtert, die die einzelnen Verbrechen betreffen, deren Bekämpfung für präpar gelten soll. § 113 (Widerstand gegen Be-

amte) wird mit 13 gegen 11 Stimmen abgelehnt. (Dagegen stimmten Centrum, Sozialdemokraten und der Antisemit Liebermann, die Centrummitglieder Antel und Spahn seither bei der Abstimmung.) §§ 114 und 115 (Teilnahme an Zusammenrottungen) werden mit 13 gegen 11 Stimmen beibehalten, ebenso §§ 124 und 125 (Gewaltthätigkeit und Landesfriedensbruch); dagegen wird § 240 (Mittlung eines anderen) aus der Reihe der im § 111 a aufgeführten Paragraphen gestrichen. In parlamentarischen Kreisen wird die Schwere des Centrums in der Umfahrvorlage sehr besprochen. Haltung der Kommissionsmitglieder widerspricht völlig der Haltung Centrums nach der Rede des Abg. Gröber. Wir haben vorstehend bereits angeführt, daß wir in nächster Nummer ausführlicher hierauf zurückkommen werden.

Berlin. Herr v. Köller soll die Wiederherstellung des verhängnisvollen Abhängigkeitsystems solcher auswärtiger Zeitungs-korrespondenten planen, welche sich durch ihre Berichte über deutsche Angelegenheiten etwa lästig gemacht haben. Kann es gut werden.

Berlin. Die Nationalliberale Korrespondenz erhebt bereits Widerspruch auf das Präsidium des Reichstages, dabei zählt die Fraktion der Nationalliberalen nur 46 Mitglieder.

Berlin. Nur 65 Reichstagsabgeordnete nahmen an dem Festessen im Reichstagsgebäude zu Ehren Kaiser's Geburtstag teil. Bismarck die patriotisch gestimmte Presse diese schwache Beteiligung beurteilt?

Berlin. Gelegenheit des Festaktes zum Geburtstag des deutschen Kaisers hielt in der Aula der Universität Professor Otto Pfleiderer einen Vortrag über Geschichte und Entwicklung des deutschen Nationalgeistes. Der Herr sagte u. A.: Nicht der Umstand, daß die Sozialdemokratie in den unteren Klassen verbreitet ist, sei das Verwerfliche an ihr, sondern ihr Drängen nach einem vaterlandslosen Weltbürgertum, nach einer Wandlung der geordneten sozialen Dinge zu einem Chaos, das alle Entwicklung der Kultur vernichten würde. — Wie sich wohl in der Kopie dieses Professors die „geordneten sozialen Dinge“ ausnehmen, welche gegenwärtig obwalten. Der Himmel schütze das Professorentum vom Schlage des Professor Pfleiderer.

Berlin. Wegen Münzverbrechen ist der Lustschiffer Hermann Mey verhaftet.

Rosk. Bürgermeister, Rechtsanwalt Kahle aus Brühl wurde von der Strafkammer zu Sülzow wegen Unterschlagung zu 2 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt.

St. Johann. Auf dem hiesigen Güterbahnhof fließen heute morgen die Wagen eines rangierenden Güterzuges aufeinander und wurden zum Teil zertrümmert. Der Rangierer wurde getödtet, der Materialschaden ist bedeutend.

Paris. Endlich hat Frankreich ein Ministerium. Ribot ist es, gelungen, die nötigen Personen zusammenzutreiben; wie lange sie aushalten, hängt ganz von dem der Kammer vorzuliegenden Programm ab. Schon heute benimmt sich die Presse gegen das neugebildete Kabinett äußerst feindselig. — Fagnolo beschuldigt Ribot der Korruption.

Paris. Der Feindling Cassini-Porter bereitet eine Schrift vor, in der er die Geschichte seiner Präsidentschaft erzählen will. Wird nicht besonders lang sein — diese Geschichte.

Abonniert auf die „Volksstimme“.

Sie allein tritt für Wohlfahrt, Freiheit und Gerechtigkeit ein, sie allein zerreißt das Lügengewebe unserer Gegner und brandmarkt die Verleumdung, sie allein ist die Beraterin und Schützerin des bedrängten Volkes, sie allein vertritt die Grundsätze einer Partei, welche die Beseitigung der Klassenherrschaft erstrebt. Wer wollte ein solches Blatt in seinem gerechten Kampfe nicht unterstützen? —

Standesamt.

Magdeburg, den 28. Januar.

Geborene: Schmeckermeyer Carl Ernst mit Witwe Katharine Schmeck geb. Peters in Lindenfeld. Ab Franz Hüllowisch mit Franziska Kubicki in Kornau.

Todesfälle: Marie geb. Schell, Ehefrau des Antiquars Karl Schell, 30 J. 3 M. 5 T. Witwe, I. des Abg. August Schell, 4 J. 5 M. 19 T. Ernst, 6 J. 6 M. 10 T. Gerichtsdiener Ernst Subwig, 1 M. 20 T. Wilhelm, 6 J. des Arbeiters Wilhelm, 1 M. 23 T. Einia Henke, unehelich.

Geburten: Bertha, I. des Arbeiters Friedrich Bötzke. Maria, 6. des Lehrers Friedrich Stein. Eva, I. des Kaufmanns Ernst Kuhlmann. Robert, 6. des Buchhändlers Franz Gottwald. Friedrich, 6. des Lehrers Friedrich Fiegler. Walp. I. des Populärtheaters Emil Labbe. Rudolf, 6. des Modellmalers Theodor Meyer. Fritz, 6. des Kaufmanns Paul Rosbach.

Todesfälle: Maria Gumbert, 68 J. 6 M. 12 T. Erich, unehelich, 18 J. 6 M. 10 T. Dorothea geborne Krüger, Witwe des Schneidermeisters Louis Petersen, 64 J. 5 M. 10 T. Gustav, Buchbinders-Sohn, 21 J. 4 M. 24 T. Helene, I. des Antiquars Heinrich Springer, 5 J. 5 M. 3 T.

Todesfälle: Ein Sohn des Schenck Franz Müller.

Sachsen, den 28. Januar 1895.

Geburten: Max, 6. des Weinhandlers Wilhelm Osterburg. Margda, I. des Abg. Lorenz Jössel. Helene, I. des Wollwebers Friedrich Ehrig. Edg. I. des Schmieds Friedrich Brönke.

Todesfälle: Friedrich, I. des Schiffsführers Rabe, 3 J. 8 M. 1 T. Katharina, Ehefrau des Schmieds Carl Schell, 22 J. 7 M. 22 T. Friederike geb. Rein, Ehefrau des Malers Carl Osterburg, 44 J. 2 M. 26 T. Maria geb. Engel, Witwe des Schmiedmeisters Dr. jur. Adr. Thoma, 29 J. 2 M. 12 T. Karoline geb. Dir. Ehefrau des Arbeiters Paul Schuler, 47 J. 10 M. 18 T. Maria geb. Müller, Ehefrau des Schmiedmeisters Gustav Krüger, 27 J. 3 M. 18 T. Edg. I. des Abg. Max Jäger, 3 J. 1 M. 17 T.

Sachsen, den 28. Januar 1894.

Geburten: Otto, 6. des Schloßers Dr. Wilhelm. Carl, 6. des Handlungsreisenden Max Dietz. Arthur, 6. des Schiffsführers Schönders. Gertrude, I. des Wollwebers August Döring. Emma, I. des Arbeiters Carl Osterburg. Anna, I. des Schmieds Gustav Witt. Paul, 6. des Arbeiters Carl Müller.

Todesfälle: Edg. 6. des Schloßers Max Schönders, 4 M. 12 T.

Sachsen, den 28. Januar 1895.

Geburten: Helene, I. des Lehrers Carl Jäger mit Witwe Katharine. Karoline, Ehefrau des Kaufmanns mit Witwe Emma in Lindenfeld. Maria, Carl Schell mit Edg. Müller.

Todesfälle: Edg. 6. des Schloßers Max Schönders, 4 M. 12 T.

Sachsen, den 28. Januar 1895.

Geburten: Helene, I. des Lehrers Carl Jäger mit Witwe Katharine. Karoline, Ehefrau des Kaufmanns mit Witwe Emma in Lindenfeld. Maria, Carl Schell mit Edg. Müller.

Todesfälle: Edg. 6. des Schloßers Max Schönders, 4 M. 12 T.

Sachsen, den 28. Januar 1895.

Geburten: Helene, I. des Lehrers Carl Jäger mit Witwe Katharine. Karoline, Ehefrau des Kaufmanns mit Witwe Emma in Lindenfeld. Maria, Carl Schell mit Edg. Müller.

Geburten: Edg. I. des Tischlers Albert Schell. Emil, 6. des Lehrers August Schell. Anna, I. des Kaufmanns Gustav Schell. Ernst, 6. des Schmieds Matthias Frey. Edg. I. des Buchhändlers Gustav Frey. Marger. Walp. unehelich.

Todesfälle: Marie geb. Schell, Ehefrau des Antiquars Karl Schell, 30 J. 3 M. 5 T. Witwe, I. des Abg. August Schell, 4 J. 5 M. 19 T. Ernst, 6 J. 6 M. 10 T. Gerichtsdiener Ernst Subwig, 1 M. 20 T. Wilhelm, 6 J. des Arbeiters Wilhelm, 1 M. 23 T. Einia Henke, unehelich.

Carl Voigt

im Alter von 30 Jahren.

Die Verabigung findet Mittwoch, den 30. Januar, nachmittags 5 Uhr, von der Endenburger Leichenhalle aus statt.

Die trauernde Hinterbliebene.

Codes-Anzeige.

Kann haben wir einen alten, neuen Buchtitel auf dem Bucher Friedrich gebietet, gelangt ein weitere Todesanzeige an uns. Da Bucher...

Paul Görschner

in Buchtitel herbei beide Bucher, nach 9 Uhr, im Bucher...

Die Verabigung findet Mittwoch, den 30. Januar, nachmittags 5 Uhr, von der Endenburger Leichenhalle aus statt.

Die trauernde Hinterbliebene.

Codes-Anzeige.

Kann haben wir einen alten, neuen Buchtitel auf dem Bucher Friedrich gebietet, gelangt ein weitere Todesanzeige an uns. Da Bucher...

Die Verabigung findet Mittwoch, den 30. Januar, nachmittags 5 Uhr, von der Endenburger Leichenhalle aus statt.

Die trauernde Hinterbliebene.

Lodes-Anzeige.

Hiermit allen Fremden und Bekannten zur Nachricht, daß unsere liebe Tochter, Schwester und Schwägerin Emma nach ihrem Leiden am Montag früh 1 Uhr im 16. Lebensjahre...

Die Beerdigung findet am Donnerstag, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause Friedenstr. 23 aus statt.

Die trauernde Hinterbliebene.

Anna Krüger

geb. Fischer im 28. Lebensjahre, was überlebt hiermit anzeigen.

Gustav Krüger, Buchhändler, im Rahmen der Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause Friedenstr. 23 aus statt.

Die trauernde Hinterbliebene.

Codes-Anzeige.

Kann haben wir einen alten, neuen Buchtitel auf dem Bucher Friedrich gebietet, gelangt ein weitere Todesanzeige an uns. Da Bucher...

Paul Görschner

in Buchtitel herbei beide Bucher, nach 9 Uhr, im Bucher...

Die Verabigung findet Mittwoch, den 30. Januar, nachmittags 5 Uhr, von der Endenburger Leichenhalle aus statt.

Die trauernde Hinterbliebene.

Codes-Anzeige.

Kann haben wir einen alten, neuen Buchtitel auf dem Bucher Friedrich gebietet, gelangt ein weitere Todesanzeige an uns. Da Bucher...

Die Verabigung findet Mittwoch, den 30. Januar, nachmittags 5 Uhr, von der Endenburger Leichenhalle aus statt.

Die trauernde Hinterbliebene.

Tabak-Arbeiter und -Arbeiterinnen!

Oeffentliche Versammlung

am Sonnabend, den 2. Februar, abends 8 Uhr im Lokale des Herrn J. Prautsch, Fackelsberg Nr. 9.

- Tages-Ordnung: 1. Besprechung über die geplante Tabaksteuer-Vorlage. 2. Berichterstattung der Kommission. 3. Verschiedenes.

Der Einberufer.

Hr. Wohn. zu 36 Th. Neufalkenlebenstr. 38.

Zu neu erbauten Grundstücken Fackelstr. 8 sind Wohnungen, 2 Stuben, Kam., Küche, u. Wasseranstalt. 31, 1. Stube, Kam., Küche, ev. mit Stall u. 1. Laden mit Wohnung a. April und früher billig zu vermieten.

Eine Wohn. f. 32 Thlr. Hundsbürgerstr. 8.

Zwei freundl. kleine Wohnungen zu vermieten Rogauerstraße 56.

Zu vermieten: Stube, Kammer u. Küche Fackelstr. 35.

Sudba, Michaelsstr. 6 Wohn. v. 40—72 Th.

3 Vorderwohn. i. a. verm. Edda, Friedenstr. 17.

Fermersl. 1 u. 2 St., R. u. R. 1. Apr. bill. z. verm. Schönbeckerstr. 17 u. 33 Herrn Klau.

Nur für Wiederverkäufer!

Cigarrenspitzen } in allen Holzarten, Meerschaum, Bernstein, Cigarettenspitzen }

Holzspitzen jeder Art, kurze, halblange und lange Pfeifen, sowie alle anderen Rauchrequisiten liefert billigst

Gustav Klein jr.

Heilbrunn a. H.

K. Palum zu seinem Geburtstag ein donnerdes Hoch, daß es im „Bürgerhaus“ schallt und am Fackelstr. wiederhallt! Ob er sich was machen läßt?

Volksstige.

Mittwoch: Rohrbraten mit Schweinefleisch. Donnerstag: Erbse mit Rindfleisch. Freitag: Schmorhuhn mit Kartoffeln und Kürbiskern. Sonnabend: Saure Rastoffel-Suppe mit Rindfleisch.

Stier zu einer Dellege.

Stier zu einer Dellege.

## Herrn v. Stumm

der in Gemeinschaft mit seinen großindustriellen Kollegen das Blatt des christlich-sozialen Pfarrers Naumann Die Hilfe boykottiert und die gewaltsame Ausrottung der Sozialdemokratie fordert, giebt das Blatt des Herrn Pfarrers eine sehr lehrreiche Antwort, indem es die Frage beantwortet, wie man eine herannahende Revolution vermeidet. Es heißt darin:

Was sagt die Geschichte? Sie sagt: unter allen Umständen keine Halbheiten! Es ist in der Vergangenheit beides vorgekommen. Man hat neue Bewegungen von vornherein erstickt, wie die Reformation in Ungarn, Italien und Spanien. Das ist die Methode des Herrn v. Stumm. Oder man hat den berechtigten Forderungen der Zeit nachgegeben, wie es in der Steinischen Gesetzgebung im Anfang unseres Jahrhunderts geschehen ist. Das ist der Weg, den wir für den richtigen halten. So bald man aber halb quälte und halb nachgab, hatte man das Blut. . . Das Unterdrückungssystem fordert einen unbeugsamen, harten, einheitlichen Willen: die Natur der katholischen Habsburger in früheren Jahrhunderten. Ein solcher Wille ist mit dem allgemeinen Wahlrecht nicht verträglich. Es fragt sich auch, ob ein solcher Wille bei einem der heutigen Fürsten denkbar sei. Sodann aber fordert der Weg der Unterdrückung eine dumpfe, träge Masse, die nicht liest, nicht über die Landesgrenzen hinausschaut, die keine geistigen Kräfte zur Verfügung hat, sobald man 100 oder 500 Köpfe hinter Eisengitter steckt. Wo aber ist heute diese tote Masse? In Berlin wahrhaftig nicht und anderswo auch nicht. Das System der gewaltsamen Unterdrückung wurde im Grunde an jenem Tage verabschiedet, wo man die Volksschule einführt; es wurde völlig gebrochen, als Bismarck das allgemeine Wahlrecht gab, und nun kommen Gestalten der Vergangenheit und wollen mit den Mitteln der alten Habsburger das Volk des neuen Deutschen Reiches regieren. Man wird solchen Vertretern verlorenen Tage eine gewisse Bewunderung nicht versagen können. Man staunt sie an, wie man das Grabmal Herzog Albas betrachtet, aber man rechnet nicht mehr im Ernst mit ihnen. Sie dürfen mit Alttinghausen sagen: Unter der Erde ist meine Zeit. Wer heute regieren will, muß ein Volk von mehr oder weniger lesenden und denkenden Menschen vor Augen haben, ein Volk, das bereit ist, für gewisse Ideen viel Kraft und Leben zu opfern, wenn ihm diese Ideen mit Gewalt entzogen werden sollen. Ein solches Volk kann nur auf zwei Arten gewonnen werden. Entweder durch die Unterdrückung, die es in die Irre führt, aber nicht retten. Das ist es, was der „Sozialismus der gebildeten Stände“ will, von dem die Vertreter der alten Zwangsmittel sich eine so gefährliche Vorstellung gemacht haben. Wir glauben nicht an die Traumbilder eines Zukunftsstaates, wir glauben auch nicht an die Vorteile der Republik, wir stehen mit beiden Füßen auf dem Boden des deutschen Volkstums und unserer herrlichen Volksgeschichte. Aber gerade weil wir dieses deutsche Volk nicht verwüsten wollen, wollen wir von einem Kampf auf Leben und Tod, deshalb sind wir bereit, in der großen sozialdemokratischen Arbeiterbewegung alles anzuerkennen, was berechtigt ist. Wenn Revolution dennoch kommen sollte, so werden nicht wir die Schuldigen sein, sondern einzig und allein jene, welche der Ausübung in den Weg treten und der Vernichtung ihrer Gegner nachjagen. Wir verlangen guten Willen auf Seiten der Arbeiter, aber wir verlangen vorher guten Willen bei denen, die die Macht in Händen haben. Die französische Revolution vor 100 Jahren soll deshalb gekommen sein, weil es allerlei Gelehrte gegeben hat, die volkfreundliche Ideen aussprachen. Nein! Sie kam, weil die Macht-haber zu wenig von diesen Ideen in sich aufgenommen hatten. Eine wirkliche Reform ist immer das sicherste Vorbeugungsmittel. Wenn wir heute eine Regierung und Volksvertretung hätten, die in großem Stil der neuen Zeit entgegengingen, was wäre das für eine Freude! . . . Nun aber fehlt die Hauptfrage. Unsere Regierung und unsere Volksvertretung sind nicht voll von dem Wunsch großer einheitlicher Reform. Den Mangel soll das Umsturzgesetz verdecken. Das ist, wie wenn ein Lehrer die Stimmer schlägt, weil er sie nicht ordentlich zu regieren

## Politische und volkswirtschaftl. Uebersicht.

**Herr v. Sevezow.** Die Frankfurter Zeitung schreibt: Nach den gestrigen Erklärungen, die Herr v. Sevezow in der Geschäftsordnungskommission abgegeben hat, unterliegt es keinem Zweifel, daß er das Präsidium niederlegen wird, wenn der Reichstag nicht diejenige Erweiterung der Disziplinargewalt beschließt, die zuletzt in dem national-liberalen Infrage formuliert und als äußerstes Mittel den Ausschluß eines Mitgliedes für die Dauer einer Sitzung durch Mehrheitsbeschluß des Reichstages einführen will. Auch das persönliche Vertrauen, das Herr v. Sevezow von allen Seiten einschließlich der Sozialdemokraten kundgegeben worden ist, wird an seinem Entschlusse nichts ändern. Er hat auf die Bemerkung, daß er sofort durch Affirmation einstimmig wiedergewählt werden würde, erwidert, daß er keine Wahl mehr annehmen würde. Bisher hatte man geglaubt, daß die Verstärkung der Disziplinargewalt mit Hilfe des Zentrums durchgehen sollte, das Zentrum hat aber in der Kommissionssitzung sich ganz entschieden auf Seiten der Linken gestellt. Ob die Partei geschlossen auf diesem Standpunkt verharret, ist noch nicht sicher, und daher läßt sich über die Entscheidung im Plenum

nichts voraussagen. Unser Berliner Mitarbeiter hat demnach die Situation richtig beurteilt. —

**Zum Kampfe für Religion, Sitte und Ordnung.** Der fromme Reichsbote kommt noch einmal auf das Duell des Mittelmeisters a. D. v. Roze und des Zeremonienmeisters und Kammerherrn v. Schrader zurück. Der Reichsbote beklagt, daß Sekundanten und Duellanten teilweise angehören, wo man doch in dem Kampfe für Religion, Sitte und Ordnung mit gutem Beispiel vorangehen soll. Welch reichen Stoff — schreibt der Reichsbote — liefert wieder diese ganze Affäre der Sozialdemokratie, gegen welche die Umsturzvorlage vor allem (wir sagen ausschließlich) und lassen uns durch die Sirenenklänge des Herrn Dr. Niederding nicht irreleiten. D. R. gerichtet ist. Der Reichsbote hofft, daß ein Machtwort diesen Dingen ein Ende machen wird. Wer soll jedoch dieses „Machtwort“ sprechen? Wir wissen, daß in letzter Zeit sehr viel wegen Duell oder Begünstigung desselben bestrafte Personen durch „Machtwort“ begnadigt worden sind. Gerade dem Reichsboten, der Beziehungen zu den Hofkreisen hat, sollte dies nicht unbekannt geblieben sein. Im übrigen hat ja auch der Reichstagsabgeordnete Pastor Schall das Duell beschützt, natürlich das Duell — in gewissen Fällen. Die Gegner mögen sich drehen und wenden, unbewußt treiben sie Wasser auf unsere Mühlen, die keinen Augenblick still stehen. —

**In der Presse des Großunternehmertums** wird namentlich seit Herrn v. Stumms famozer Reichstagsrede zur Umsturzvorlage gegen die Führer der evangelisch-sozialen Bewegung, namentlich gegen den Frankfurter Pfarrer Naumann und sein neues Blatt Die Hilfe ein förmliches Kesseltreiben ausgeführt. Post, Norddeutsche Allgemeine Zeitung, Rheinisch-Westfälische Zeitung und andere Blätter gleichen Schlags überbieten sich in Angriffen und Denunziationen der Genannten. Die Wit, die in den bezeichneten Kreisen gegen die christlichen Gewerksvereine- und ähnliche Bestrebungen und die an ihrer Spitze stehenden Persönlichkeiten herrscht, kommt in charakteristischer Weise zum Durchbruch in einem Artikel des Organs der rheinisch-westfälischen Großindustriellen, an dessen Schluß es heißt:

Es genügt zur Beurteilung der gefährlichen, um nicht zu sagen verbrecherischen Maßlosigkeit der Herren, welche hinter dem Berliner Volk und der Frankfurter Hilfe stehen, auf dieses lokale Geständnis des Reichsboten hinzuweisen. Jetzt ist für Herrn Stöcker ebenso wie für Herrn Pastor lie. Weber der Augenblick gekommen, wenn sie nicht mit diesen gefährlichsten aller Hezer auf die gleiche Stufe gestellt und daher mit dem gleichen Maßstabe wie diese gemessen werden wollen.

Um diesen und ähnliche Wutausbrüche richtig zu würdigen, muß man erwägen, daß die christliche Gewerksvereinsbewegung u. a. den Zweck hat, der Sozialdemokratie entgegenzuarbeiten und daß die Forderungen z. B. des christlichen Bergarbeiter-Gewerksvereins sehr mäßige sind. Aber alles dies läßt sie in den Augen der Stumm und Konsorten um kein Haar besser erscheinen; sie beruhen auf der Grundlage des Koalitionsrechts der Arbeiter, darum müssen sie eskalieren, die Führer geächtet werden. Sie wittern offenbar Morgenluft, die Stumm und Genossen sie fühlen sich als die Herren der Situation und wenn nicht alles täuscht, wird die Welt noch wunderbare Dinge von dieser Seite erleben, im Vergleich zu denen das Bismarck'sche Kinderpiel ist. Je schlimmer sie es aber treiben, desto eher und gründlicher wird ihr Regiment ein Ende nehmen, das ist der Trost bei der Sache. —

**Theodor Neuf** sendete sämtlichen Berliner Zeitungen, die dem Vorwärts die biographischen Skizzen des Herrn Neuf nachgedruckt haben, eine Berichtigung, in der er so ziemlich alles, was der Vorwärts von ihm behauptet hat, bestritten und mitteilt, daß er bei der Staatsanwaltschaft gegen den Vorwärts und die Freisinnige Zeitung den gerichtlichen Klageweg beschritten hat. Der Vorwärts bemerkt hierzu: Herr Neuf weiß genau so gut wie wir, daß der Staatsanwalt in diesem Falle im öffentlichen Interesse keine Klage gegen uns erheben kann. Im übrigen setzen wir mit größter Ruhe einem Prozesse Neuf contra Vorwärts entgegen. —

Der Kaiser soll sich mit der sozialdemokratischen Jugendlitteratur beschäftigen und gegen Herrn von Lucanus geäußert haben, ob sich gegen diese sozialdemokratische Jugendlitteratur nichts thun ließe. Warum nicht? —

## Agrarische Plusmacherei.

Die wirtschaftliche Vereinigung des Reichstages will nun doch den Antrag Kanitz an den Reichstag bringen, ohne den Eintritt der Centrumsmittglieder abzuwarten. Man scheint sich Überzeugt zu haben, daß die Centrumstrauben zu hoch hängen. Der Antrag soll folgende Fassung erhalten:

„Der Reichstag wolle beschließen, den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dem Reichstage baldigst einen Gesetzentwurf vorzulegen, wonach 1. der Einkauf und Verkauf des zum Verbrauch im Zollgebiet bestimmten ausländischen Getreides, mit Einschluß der Mühlenfabrikate, ausschließlich für Rechnung des Reichs erfolgt; 2. die Verkaufspreise des Getreides nach den inländischen Durchschnittspreisen der Periode 1850—1890, die Verkaufspreise der Mühlenfabrikate den Getreidepreisen

entsprechend mit dem wirklichen Ausbeutungsverhältnis bemessen werden, so lange hierdurch die Einkaufspreise gedeckt sind, während bei höheren Einkaufspreisen auch die Verkaufspreise entsprechend zu erhöhen sind; 3. über die Verwendung der aus dem Verkauf des Getreides und der Mühlenfabrikate zu erzielenden Ueberschüsse derart Bestimmung getroffen wird, daß a) alljährlich eine den jetzigen Getreidezolleinnahmen mindestens gleichkommende Summe an die Reichskasse abgeführt wird, b) zur Ansammlung von Vorräten für außerordentliche Bedürfnisse (Kriegsfälle usw.) die nötigen Mittel bereitgestellt werden; 4. ein Reservefonds gebildet wird, um in Zeiten hoher In- und Auslandspreise die Zahlung der an die Reichskasse jährlich abzuführenden Summe (conf. 3a) sicher zu stellen.“

Der Antrag entspricht sonst im wesentlichen der Gestalt, die ihm vor einiger Zeit der Ausschuß des Bundes der Landwirte gegeben hatte. Nur in einem wesentlichen Punkte unterscheidet er sich von diesem. Der Bund der Landwirte suchte nämlich den Antrag Kanitz dadurch schmählicher zu machen, daß er darauf hinweist, dieser Antrag schaffe wenigstens stabile Preise. Ob im Auslande der Getreidepreis hoch oder niedrig ist, der Konsument in Deutschland rechnet immer mit derselben bekannten Ziffer und kann sich danach einrichten. Deshalb wurde auch früher ein Reservefonds vorgeschlagen, der es dem Reiche ermöglichen sollte, für Jahre mit hohen Auslandspreisen das ausländische Getreide zu dem Durchschnittspreise an die Konsumenten abzugeben. Diese Bestimmung hat man jetzt fallen lassen. Ist das Getreide im Auslande billig, dann soll freilich der deutsche Konsument die hohen Durchschnittspreise bezahlen. Sind aber die Einkaufspreise höher als der Durchschnitt, so sollen auch die Getreidepreise entsprechend erhöht werden. Oder, um vom Standpunkte der Konsumenten einmal abzusehen und die Sache mit den Augen des Großgrundbesitzers betrachten:

So lange das Getreide billig ist, muß der Staat dafür sorgen, daß der Latifundienbesitzer zu seinem Gelde kommt. Ist das Getreide aber teuer, so wird jeder Profit mitgenommen, der sich überhaupt herauskriegen läßt. Und da redet man von Vorschlägen, die der Allgemeinheit zu gute kommen sollen. Agrarische Plusmacherei, nichts weiter! Aber die Sache ist zu plump angelegt, als daß man befürchten müßte, daß die große Masse der Konsumenten, zu denen ja auch der größte Teil der Kleinbauern und der landwirtschaftlichen Arbeiter

## Ausland.

**Frankreich.** Man zitiert in den Couloirs ein Wort, das Herr Dupuy während der letzten Krisentage im Senat gesagt haben soll, Herr Dupuy liebt die Bilder; dieses Wort ist denn auch ein Bild: „Ich höre den Galopp eines Pferdes auf der Straße, aber ich kenne den Reiter nicht.“ Nun, unsere französischen Brüder werden aufmerksam alle Vorgänge beobachten und das Auftreten irgend eines Diktators zu verhindern wissen. —

**Rußland.** Minister v. Siers ist gestorben. — Ueber den Stand der Cholera in russischen Grenzdistrikten wird dem Ratisborer Anzeiger gemeldet: In den Gouvernements Petrikau und Radom will die Cholera nicht erblichen. Wenn auch die Zahl der Erkrankungen im ersten Gouvernement nur 5 beträgt mit einem Todesfall, im Radomer 17 Erkrankungen mit 5 Todesfällen, so ist doch zu erkennen, daß noch immer Seuchenherde vorhanden sind. —

## Zur Lage der Arbeiter und Arbeiterinnen.

**Vom Arztproletariat.** Ein Brief, den ein junger, erst kürzlich nach Berlin überfiedelter Arzt seinem Garderobenfabrikanten geschrieben, wird in der bürgerlichen Presse veröffentlicht und mit Spott glossiert. Auf einen Mahnbrief der betreffenden Firma hat der Mediziner nämlich um Stundung gebeten und dann geschrieben:

„Am liebsten wäre es mir, wir glichen die Sache in der Weise aus, daß ich mich verpflichte, für die gelieferten Anzüge jeden der beiden Herren Compagnons wie zwei Krankheiten zu behandeln. Sollte einer von Ihnen gleich bei der ersten Behandlung sterben, würde natürlich der Ueberlebende das Recht auf freie Behandlung in einer dritten Krankheit haben. Ich bemerke dabei, daß ich als Krankheit nicht eine vorübergehende Indisposition, wie Husten, Schnupfen u. dergl. auffasse, sondern nur ein reelles Leiden, wie Augenentzündung, Typhus, Wassersucht, Krebs usw., darunter verstehe. In der Hoffnung, daß Ihnen diese Vorschläge acceptabel erscheinen, daß Sie sich aber jedenfalls noch etwas gedulden, bin ich Ihr . . . usw.“

Ein so erniedrigender Brief läßt auf eine äußerst verzweifelte Lage des jungen Arztes schließen, der gegenüber der hochmütigen Spott wenig angebracht erscheint. Es ist bekannt, daß das gebildete Proletariat unter d. A. am stärksten vertreten ist und daß dieser demzufolge auch ein verhältnismäßig ansehnliches Contingent zur Sozialdemokratie stellen. —

## Aus den Gerichtssälen.

§ Magdeburg. (Landgericht.) Wegen Körperverletzung und Bedrohung erhielt der Arbeiter D. Sch. zu Neustadt, geboren 1877, 9 Monate und eine Woche Gefängnis. —

